

1. Nachtragshaushalt 2017 – erfolgreiche Oppositionsarbeit: keine Erhöhung der Grundsteuer, Streichung der Mittel für die Lichtwiesenbahn

Michael Siebel - Fraktionssprecher

Am Dienstag wurde der erste Nachtrag des Haushalts 2017 beraten, weil seit Ende April Darmstadt überraschend in einer schwierigen Haushaltslage ist.

So schwierig, dass der Kämmerer sich gezwungen sah, einen Nachtrag vorzulegen - mit heißer Nadel gestrickt. Im Kern sollte die Grundsteuer A auf 390 Punkte, die Grundsteuer B auf 650 Punkte

und die Gewerbesteuer auf 454 Punkte angehoben werden. Aber kam die Überraschung wirklich so überraschend? War das 52 Mio. Euro-Loch im Haushalt so unabsehbar? Es war ja schon verwunderlich, dass das Desaster erst nach der OB-Wahl herauskam.

In der letzten Woche rechnete die IHK vor, dass bei vorausschauender und vorsichtiger Planung der Gewerbesteuereinnahmen der Kämmerer nur 166 Mio. Euro hätte einplanen dürfen. Das sind 46 Mio. Euro weniger und natürlich wären dann die Listen der Grausamkeit schon vor der Wahl gegenwärtig geworden. So konnte man munter fabulieren und planen, Luftschlösser bauen und Kostensteigerungen wegstecken. Was hatte die IHK gerechnet? Sie hatte lediglich eine Gerade durch die Hochs und Tiefs der schwankenden Darmstädter Gewerbesteuer gelegt. Mathematiker und Statistiker nennen das Regressionsgerade.

weiter auf Seite 2



DARMSTADT
FRAKTION

SPD

Ob das der Oberbürgermeisterwahl geschuldet war, darauf kann sich jeder und jede einen eigenen Reim drauf machen. Der Verlauf der Sitzung war dann allerdings denkwürdig. Nach einer engagierten und harten Beratung, in der sich der Kämmerer zu der Bemerkung hinreißen ließ, die Grundsteuer sei eine sozial ausgewogene Maßnahme, scheiterte das Begehren der Koalition, die Grundsteuer anzuhähen. Unsere Argumente, dass diese Steuererhöhung insbesondere die kleinen Leute, die Häuslebesitzer und Mieter*innen träfe, überzeugte auch die anderen Oppositionsfractionen und mit 35:36 wurde die Grundsteuer abgelehnt.

Wir hatten eine Reihe von Vorschlägen gemacht, mit denen ein Teil der „Verluste“ durch die nicht erhöhte Grundsteuer wettgemacht werden sollte: Abplanung der Landesgartenschau, Abplanung der Lichtwiesenbahn, Streichung des Masterplans 2030 und eine verdichtete Bebauung auf dem Marienplatz, um einen höheren Grundstückspreis zu erzielen.

Als dann auch noch der gemeinsame Antrag von SPD, Linken, UWIGA und FDP die Planungskosten für die Lichtwiesenbahn zu streichen, eine Mehrheit fand, war die Koalition in einer Krise. Der Oberbürgermeister zog die Vorlage zum Sozialticket im Zorn zurück. Er war wohl zornig auf sich selbst, weil er keinen Plan B für die Angekündigten und absehbaren Abstimmungsergebnisse hatte.



Viele fragen sich, wie es jetzt weitergehen soll. Wir schlagen nochmals vor, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu bilden, in der alle Zahlen offengelegt werden. Wo werden freiwillige Leistungen gezahlt und wieviel? Wie sieht die Finanzlage der städtischen Gesellschaften aus? Können da Ausschüttungen erzielt werden und Rücklagen aufgelöst werden? Die SPD-Fraktion ist dazu bereit, konstruktiv an der Lösung des Finanzdesasters zu arbeiten.



Wohnen & Verkehr:

Lichtwiesenbahn abgeplant, SPD für Wohnhochhausbau auf dem Marienplatz *Oliver Lott & Tim Huß*

Das von der grün-schwarzen Regierung vorangetriebene Projekt zur Anbindung der Lichtwiese über eine Straßenbahn wurde von der SPD aufgrund von Kosten in Höhe von 1.500.000 Euro in diesem und weiteren 16.500.000 Euro in den Folgejahren kritisiert. Günstiger, ökologischer und besser für die Studierenden wären Expressbusse. Daher fand ein von der Fraktion eingebrachter Antrag zur Abplanung der Mittel für dieses Jahr im Parlament eine Mehrheit. Weiterhin schlug die SPD vor, schnellstmöglich mit wartenden Investoren über den Bau eines Wohnhochhauses auf dem Marienplatz zu verhandeln. Die erwarteten Mehreinnahmen des Projektes von ca. 10.000.000 Euro würden ebenfalls zur Sanierung des Haushaltes beitragen. Das Projekt, welches nicht nur städtebaulich Chancen bietet, könnte außerdem über einen städtebaulichen Vertrag mit sozial gefördertem Wohnungsbau versehen werden.



Umwelt:

Die SPD-Fraktion unterstützt Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ *Yasemin Aslan*



Die Bestrebungen des Magistrats, dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ beizutreten, unterstützen wir. Denn die beiden Bereiche Biodiversität und Natur im unmittelbaren Lebensumfeld sind auch aus sozialdemokratischer Sicht wichtig: Menschen, die keinen Garten oder Balkon haben, profitieren von grünen Höfen und kleinen Grünflächen in ihrer direkten Umgebung. Klimaschutz ist für alle Menschen einer Gesellschaft wichtig, auch bei uns in der Kommune. Zurzeit hat das Bündnis 120 Mitglieder. Mehr Informationen gibt es unter: <http://www.kommbio.de/home/>

